



Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung

Bielefelder Universitätsgespräche 1



„Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung“ – Diskussionsveranstaltung mit Egon Bahr MdB, Minister a.D., Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, MdL, Diskussionsleitung: Rektor Prof. Dr. Karl Peter Grotemeyer, am 2. Februar 1984 vor 2.000 Zuhörern im Auditorium Maximum der Universität Bielefeld.



Herausgeber: Universität Bielefeld, Presse- und Informationsstelle
48 Bielefeld, Postfach 8640, Telefon (0521) 106-4145-47
Redaktion: Hartmut Krauß, Gerhard Trott

Gesamtherstellung: Kramer-Druck · Bielefeld 1984

Grottemeyer: Meine Damen und Herren, Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Ich begrüße Sie herzlich zu dieser Podiumsdiskussion, und ich darf Ihnen zu dem Thema „Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung“ die beiden hochkompetenten Politiker aus den zwei großen politischen Parteien der Bundesrepublik, Egon Bahr und Professor Kurt Biedenkopf, vorstellen. Bevor ich Ihnen das Wort gebe, möchte ich einige einleitende Bemerkungen machen:

In seiner erste Rede vor dem Plenum der Westdeutschen Rektorenkonferenz ging ihr neuer Präsident, Professor Berchem, auf die Erwartungen und Anforderungen der Gesellschaft an die Universitäten ein und erklärte u.a. wörtlich dazu: „Sicher bin ich mir aber darin, daß Institutionen und Personen, die das Privileg freier Erkenntnisuche genießen, sich gerade dann solchen Erwartungen und Fragen der Gesellschaft nicht verschließen dürfen, wenn sie das Recht der wissenschaftlichen Selbstbestimmung auf Dauer verteidigen wollen. Es gibt dafür eine Reihe von Beispielen, die sich um die großen weltweiten Themenkomplexe gruppieren wie: Ökologie, Energieversorgung, Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung und Erhaltung des Friedens. Das letztgenannte Thema ist zweifellos das aktuellste, jedenfalls schwierigste und problematischste Beispiel ... Mir geht es ... darum, die Zielvorstellung deutlich zu machen, daß wir die Hochschulen – und in gewisser Weise dann auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz als ihre überregionale Vertretung – wieder als einen Ort der kontrollierten geistigen Auseinandersetzung verstehen und ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken sollten, als eine Instanz, die die Gegenwart mit den Augen der Zukunft analysiert und im besten Geist der Wissenschaft die vielen Komplexitäten aufarbeitet, die so viele Menschen zunehmend in einem Gefühl der Ohnmacht und Unüberschaubarkeit verzagt und zukunftsängstlich werden lassen.“

Meine Damen und Herren, es ist sehr verdienstvoll, daß Herr Berchem diese Ansprüche zu Beginn seiner Amtszeit formuliert, machen sie doch zugleich klar, daß die Universitäten ihnen nicht genügen. Selbstkritisch muß man sagen, daß die Universitäten weit davon entfernt sind, aufgrund von Reflexion über ihr eigenes Handeln sich mit aller Kraft gerade solchen Problemen zu widmen, die „so viele Menschen in einem Gefühl der Ohnmacht und Unüberschaubarkeit verzagt und zukunftsängstlich“ oder aber auch gleichgültig werden lassen.

Es sind soziale Bewegungen, die unmittelbar bedrängende, z.T. machtvolle Anstöße geben; soziale Bewegungen zu einzelnen die Menschen offenbar zutiefst bewegenden Problemen wie atomare Vernichtung und Frieden, Überfluß und millionenfacher Hungerstod, technischer Fortschritt und systematische Vergiftung von Luft, Wasser und Land nötigen auch die Universitäten, über ihre Kompetenz, über ihren spezifischen Beitrag dazu nachzudenken. So ist es ganz ohne Zweifel die Friedensbewegung, die das öffentliche Bewußtsein dafür geschärft hat, daß es unverantwortlich ist, den Experten unter den Politikern und Militärs die Verantwortung für Verteidigungsstrategien zu überlassen. Nehmen Sie z.B. die Strategie des „flexible response“: In meinen Worten ausgedrückt bedeutet sie, daß in einer vorgedachten bestimmten Verteidigungssituation die atomare Vernichtung des gesamten eigenen Landes als Reflex auf diese sogenannte flexible Antwort hoch wahrscheinlich wird.

Es sind offenbar rationale Kalküle von dieser beschränkten Art, mit Hilfe derer jede neue technische Entwicklung, die für die Zerstörung der Erde geeignet ist, sowie deren serienmäßige Produktion integrierbar wird und legitim erscheint.

Der technische Fortschritt wird von hochqualifizierten Experten auf vielen Teilgebieten vorangetrieben; grundlegende Forschungs- und Entwicklungsarbeit dafür leisten die Wissenschaftler, und damit haben sie ebenfalls die Rolle eines hochqualifizierten, hochspezialisierten Experten. Die Folgen einzelner technischer Erfindungen für das Ganze beherrschen wir indessen nicht. Und da wir es weit gebracht haben mit unserer naturwissenschaftlichen und unserer technischen Erfindungskraft, erleben wir derzeit in den wesentlichen Existenzfragen – schlicht ausgedrückt – das Hinterherlaufen der Vernunft hinter den von uns vorangetriebenen Entwicklungen. Diese unangenehme Einsicht, deren Konsequenzen wir uns offenbar sträuben, zu Ende zu denken, und der folglich nur mühsam ein Weg in unsere Köpfe gebahnt wird, induziert

zugleich die Angst, den gesellschaftlichen Konflikten nicht mehr gewachsen zu sein; sie nährt die Hoffnungslosigkeit, daß wir anstelle offensichtlicher Unvernunft, anstelle eines vielseitig erkannten Irrsinns vielleicht nicht mehr vernünftige und mit unseren ethischen Vorstellungen in Einklang stehende Wege gehen können.

Herr Biedenkopf, in einem Ihrer jüngsten Beiträge zur Frage der Akzeptanz einer Friedenssicherung mit Waffen zitieren Sie Nahum Goldmann, der sich kurz vor seinem Tod so geäußert hat: „Ich bin nach all' diesen Jahren an einem Punkt angelangt, in dem ich die Welt nicht mehr verstehe: Ich verstehe keine Welt, in der man jede Minute Millionen Dollar für Waffen ausgibt, obschon sowohl die Sowjetunion wie die Vereinigten Staaten genügend Atombomben besitzen, um sich gegenseitig mehrfach vernichten zu können; eine Welt, in der die Supermächte und die europäischen Staaten zusätzlich Milliarden für Waffen ausgeben aus Angst vor der Überlegenheit des potentiellen Gegners; eine Welt, in der im letzten Jahr 15 Millionen Kinder verhungert sind. Ich weiß wohl, daß sogenannte Experten all dieses erklären können und es auch tun: Politologen, Diplomaten, militärische Fachleute, Generäle, Journalisten. Ich selbst verstehe diese Verrücktheit nicht, und ich bin überzeugt, daß künftige Generationen – falls sie einen Atomkrieg überleben – große und tiefsinnige Abhandlungen über diesen kollektiven Wahnsinn unserer Generation schreiben werden, um ihn zu erklären und zu verstehen.“

Sie fahren dann selbst fort, Herr Biedenkopf: „Mit dem normalen, einfachen gesunden Menschenverstand ist dieser Zustand völlig unbegreiflich, und die einzige Hoffnung für die Zukunft der Menschheit besteht darin, daß anstelle der sogenannten Experten Menschen mit normalem Verstand die Führung der Politik und die Bestimmung des Schicksals der Völker übernehmen werden.“

Ich will mich einmal auf diese Folgerung einlassen: Wäre das eine neue Utopie? Die Welt soll von Menschen mit normalem Verstand regiert werden. Fragen drängen sich auf: Wie kommen wir zu solchen Menschen mit normalem Verstand? Oder, wenn es diese Menschen bereits gibt: Wie stärken wir ihren politischen Einfluß auf die Bestimmung des Schicksals der Völker?

Diese, die derzeitige Realität offenbar konterkariierende Vorstellung, die Welt von Menschen mit normalem Verstand regieren zu lassen, ist ja nicht nur eine Kritik an den Leistungen der Politiker, sondern freilich auch eine – wie ich finde – zutreffende Kritik an den Universitäten, die in der Lehre Experten ausbilden und in der Forschung die wesentlichen Voraussetzungen für den technischen Fortschritt durch Experten schaffen, in denen aber eine besondere Verantwortlichkeit und Kompetenz für die Folgen für das Ganze nur vereinzelt oder privat entwickelt sind.

Die Universität Bielefeld hat im Dezember des vergangenen Jahres einen, wenn auch von den einen Wissenschaftlern skeptisch beobachteten und von den anderen zunächst nur zögerlich betriebenen Versuch unternommen, sich selbst als Institution mehr Verantwortung aufzuladen: Sie veranstaltete einen dies academicus mit dem Thema „Probleme der Friedenssicherung aus der Sicht der Wissenschaften“.

Die allgemeinen Erfahrungen aus diesem Hochschultag sind: Die Wissenschaften sind zuständig, sie sind qualifiziert, und sie werden von der Gesellschaft dafür bezahlt; so haben wir die Einsicht an verschiedenen Gegenständen für uns ausprobiert, daß

1. die Wissenschaften sich eben nicht auf die gesellschaftliche Nützlichkeit ihrer Forschungs-, Beratungs- und Lehrtätigkeit berufen können und deren – sicherlich unbeabsichtigte – negative Folgen einfach den Politikern zuschieben können, daß
2. die Wissenschaften über ein methodisches Instrumentarium verfügen, welches sie in Stand setzt, über Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen ihrer eigenen Erkenntnisse nachzudenken und Konsequenzen daraus abzuleiten, und daß
3. ihnen die öffentliche Finanzierung ebenso wie der verfassungsmäßig und gesetzlich geschützte Autonomieraum die Unabhängigkeit verschafft, für die Menschen auch schwer zu ertragende Zukunftsperspektiven zu veröffentlichen und Kritik und Lösungen mit Zähigkeit und Geduld zu vertreten.

Ich leihe mir hier eine pointierte Formulierung von George Orwell aus, die lautet: „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Menschen das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“ Dieser Satz ist deshalb so aktuell, weil Aufklärung in wachsendem Maß zu niederdrückenden Erkenntnissen führt. Es ist vor allem für die wissenschaftsgläubigen Menschen eine neue Erfahrung, daß die Analyse der Gegenwart und die Aufarbeitung vieler Komplexitäten durch die Wissenschaft zunächst ein Übermaß an Gefährdung der gesamten Menschheit aufdeckt, deren Urheber wir selbst sind.

Angesichts dessen müssen realistische Erwartungen an die Problemlösungen bescheiden ausfallen. Und ich halte dafür, daß sowohl Wissenschaftler als auch Politiker sich um diese Bescheidenheit bemühen: Das bedeutet z.B., daß in der Wissenschaftspolitik nicht so getan wird, als könne man den nationalen Wohlstand durch die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien sichern; das bedeutet z.B., daß in der Sicherheitspolitik nicht Sicherheit gegen wachsende atomare Gefährdung durch wachsende atomare Stärke vorgegaukelt wird. Diese Bescheidenheit bedeutet, veränderte Prioritäten zu akzeptieren.

Hierzu verweise ich auf eine Passage aus einem Aufsatz von Herrn Bahr zu dem Thema „Einige Elemente zum Prinzip ‚Gemeinsame Sicherheit‘“: „Wenn es richtig ist, daß die Menschheit nur eine Chance ihrer künftigen Geschichte hat, wenn es gelingt, einen allgemeinen nuklearen Krieg auszuschließen, weil ein Fehler bei der Lösung dieser Aufgabe irreparabel ist, wird die Erhaltung des atomaren Friedens zu der obersten Aufgabe, den atomaren Krieg garantiert auszuschließen. Daraus folgert: – Alle anderen Probleme, Interessen, Werte, Forderungen sind der obersten Priorität, der Erhaltung des Friedens, nachgeordnet. Anders gesagt, ideologische Unterschiede, die Durchsetzung eigener Wertvorstellungen, auch über Menschenrechte, der Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch des deutschen, haben zurückzutreten; denn sie haben nur eine Chance, vertreten zu werden, falls der atomare Frieden erhalten bleibt. Die Ära geschichtlicher Evolution ist ins Auge zu fassen, wenn die Alternative, der weltweite atomare Konflikt, ausgeschlossen werden soll.“

Meine Damen und Herren, hier treffen sich die grundsätzlichen Argumentationslinien von Egon Bahr und Kurt Biedenkopf: Der „Mensch mit normalem Verstand“ kann die Priorität gar nicht anders setzen. Es ist nur konsequent, daß Sie beide an die Stelle der Doktrin der nuklearen Abschreckung etwas anderes setzen wollen, ausgedrückt in Formulierungen wie „politische Friedensordnung“ oder Konzept „gemeinsamer Sicherheit“.

Damit ist für die folgende Diskussion eine Verständigungsbasis gegeben, die Voraussetzung dafür ist, daß Dissense über den zukünftig einzuschlagenden Weg zur Sicherung des Friedens überhaupt klar werden können. Zugleich ist damit ein vernünftiger Ausgangspunkt für Ihrer beider Darlegungen gefunden: Ich bitte Sie, Herr Biedenkopf, Herr Bahr, zunächst Ihre Vorstellungen zu einem „Sicherheitskonzept nach der Nachrüstung“ zu entwickeln.

Ich schlage vor, daß dafür zunächst 30 bis 40 Minuten insgesamt zur Verfügung stehen; dann sollte Zeit für einen unmittelbaren Dialog zwischen Ihnen sein. Danach möchte ich das Auditorium an der Diskussion beteiligen.

Bahr: Meine Damen und Herren, zunächst eine Vorbemerkung. Herr Biedenkopf und ich haben uns verständigt, aus der Diskussion zwei Komplexe auszugliedern. Erstens, wir wollen keinen parteipolitischen Ringkampf aufführen, wie er schon bekannt ist, zweitens, wir wollen uns auch nicht vorrangig mit den aktuellen Fragen beschäftigen, wie kriegt man die Großmächte wieder an den Tisch, was passiert in Stockholm oder in Wien, sondern wir wollen versuchen, beim Thema zu bleiben, und die Chance dieses Nachmittags wahrnehmen, über Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung zu sprechen. Vielleicht kann dies wirklich hier ein Stück weitergeführt und vertieft werden.

Als ich Herrn Grottemeyer mit seiner Forderung gehört habe, es müßten Menschen mit normalem Verstand die Führung der Politik und die Bestimmung des Schicksals der Völker übernehmen, habe ich ein wenig gelächelt, weil die Forderung Zweifel begründet, daß heute Men-

schen mit normalem Verstand Politik machen. Ich kann jedenfalls bei den Regierenden im Augenblick kaum Übermenschen entdecken.

Zur Sache: Ich glaube, daß das Bedürfnis nach Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Menschen ist. In der gesamten Geschichte der Menschheit hat man immer gesagt, man ist sicher, wenn man stark ist. Noch sicherer war man, wenn man überlebte. Wenn man das allein nicht konnte, nahm man sich Verbündete. Die Gegenseite machte das auch so. Am sichersten war man, wenn man dem anderen „aufs Haupt schlug“, oder man glaubte, dann jedenfalls am sichersten zu sein. Die andere Seite dachte genauso. Der Rest ist bekannt: Es ist die Geschichte der Kriege. Zum ersten Mal haben wir es heute damit zu tun, daß der Konflikt mit atomaren Waffen irreparable Schäden verursachen würde. Infolgedessen gibt es in dem Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung, das die Amerikaner „mutual assured destruction“, also „mad“ nennen – nicht „MAD“, obwohl die Buchstaben gleich sind –, keine Hoffnung mehr auf Sieg. Die Hoffnung auf Sieg ist ausgelöscht.

Wenn man das genau nimmt, bedeutet dies, daß die beiden Seiten nicht mehr gegeneinander Sicherheit bekommen, sondern nur noch miteinander. Das ist aber zunächst einmal ein rein intellektueller Schluß, den anzunehmen schrecklich schwerfällt, weil er, wie gesagt, der gesamten Geschichtserfahrung der Menschheit widerspricht, die da geglaubt hat, man sei nur sicher, wenn man stärker wird. Die früheren Positionen oder Strategien der Stärke sind abgelöst worden durch eine neue Strategie. Die frühere NATO-Strategie der massiven Vergeltung, einer Strategie der Stärke, ist abgelöst worden durch eine Strategie der flexiblen Antwort, der Strategie der Abschreckung. Was ist die Doktrin der Abschreckung? Die Doktrin der Abschreckung nimmt zum ersten Mal insofern den Gegner als einen solchen an, der vernünftig reagiert und der Vernunft zugänglich ist, das heißt, der sich abschrecken läßt, weil er das gleiche Interesse hat, nicht unterzugehen. Insofern ist die Strategie oder die Doktrin der Abschreckung ein Fortschritt gegenüber früheren Strategien der bloßen Stärke. Aber die Strategie der Abschreckung hat noch einen anderen Teil, nämlich: Was passiert, wenn die Abschreckung nicht funktioniert? Dann, so sagt die Doktrin der Abschreckung, muß ich stark genug sein, den Krieg zu führen und zu gewinnen, obwohl doch klar ist, daß man nicht mehr gewinnen kann. Im zweiten Teil der Abschreckung fällt die Strategie zurück in eine im Grunde längst überwundene Strategie der bloßen Stärke, also Überlegenheit. Deshalb ist die Strategie der Abschreckung auf Dauer unakzeptabel oder gefährlich, weil sie in ihrer Konsequenz unannehmbar geworden ist. Die Kirchen sprechen von Galgenfrist oder Gnadenfrist, je nachdem, ob es Protestanten oder Katholiken sagen. Aber im Prinzip ist richtig, daß es eine für eine begrenzte Zeit hinnehmbare, aber zu überwindende Doktrin ist, solange wir nichts anderes und nichts Besseres entgegensetzen haben. Zumal die Akzeptabilität mit der Glaubwürdigkeit zusammenhängt, und zwar nicht nur mit der Glaubwürdigkeit bei unserer Bevölkerung, bei den Menschen, die dazu ja sagen sollen, daß es sinnvoll ist, sich zu verteidigen, sondern auch mit der Glaubwürdigkeit gegenüber dem potentiellen Gegner. Wenn eine Strategie unglaubwürdig wird, das heißt, wenn man sagt, sie wird im Ernstfall nicht mehr angewendet, könnte das eine Einladung zu einem akzeptablen Risiko bedeuten. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Strategie der Abschreckung zu ersetzen.

Meine Antwort auf die Frage, was setzt man an ihre Stelle, ist eben die: Nachdem es nur noch mit dem Gegner und nicht mehr vor dem Gegner Sicherheit gibt, heißt das, gemeinsame Sicherheit ist an die Stelle der Abschreckung zu setzen. Gemeinsame Sicherheit kann man mit einer ganz überzeugenden Tatsache erklären: Im Falle eines Konfliktes wäre es nicht nur das Ende der Bundesrepublik, sondern auch das Ende der DDR. Im Untergang vereint war eigentlich nie unsere Perspektive der deutschen Einheit, das heißt, die Sicherheit der DDR ist meine eigene, meine eigene die der DDR. Auch gegeneinander gerichtete Bündnissysteme, auch Staaten mit gegeneinander oder unvereinbaren Wertvorstellungen oder Ideologien, teilen die Gemeinsamkeit der Sicherheit. Das gilt für die Amerikaner und die Russen, das gilt für die Franzosen und die Polen. Im Ernstfall werden wir nur gemeinsam leben, oder wir werden gemeinsam sterben – und leben ist dann besser.

Die Schwierigkeit besteht nun darin, das Denken in gemeinsamer Sicherheit zunächst einmal akzeptabel oder einsehbar oder annehmbar zu machen, und zwar sowohl in Washington wie in Moskau. Es gibt heute weder da noch dort den Ausdruck der Überzeugung, daß man nur noch gemeinsam sicher sein kann – mit einer kleinen Ausnahme. Ohne das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit als Doktrin angenommen zu haben, haben sich die beiden Supermächte de facto in einem ganz wichtigen Punkt so verhalten. Sie haben festgestellt, daß es bei den strategischen Waffen besser ist, wenn man die Hand am Puls des anderen hat, wenn man dafür sorgt, daß die Rüstungen auf diesem Gebiet begrenzt sind. Bei den strategischen Waffen, den Interkontinentalraketen, hat man sich also zusammengesetzt und gemeinsame Obergrenzen festgesetzt, heißt abgekürzt „SALT“. Dann hat man versucht zu reduzieren – heißt abgekürzt „START“. Bisher ist man damit nicht weit gekommen. Auf dem Gebiet, auf dem 97 Prozent der nuklearen Potentiale sind, haben die beiden „Dicken“ gesagt, sie müßten dafür sorgen, daß jedenfalls die „großen Koffer“ ruhig bleiben oder neutralisiert oder im Gleichgewicht sind oder kontrolliert bleiben.

Es gibt keine entsprechende Vereinbarung oder keinen entsprechenden Rahmen für Europa. Zu den kleinen atomaren Waffen, die für uns wie für die DDR ausreichend sein würden, plus konventionelle Waffen, plus Mittelstreckenwaffen, die für die Supermächte an sich noch nicht gefährlich sind, gibt es keine derartigen Vereinbarungen. Aber das hat sich so aus der Macht der Interessen, aus dem Gewicht der Interessen der beiden Supermächte ergeben; dies bedeutet aber keine Akzeptanz des Prinzips der gemeinsamen Sicherheit. Aufgabe wäre es also, in Ost wie in West dafür zu sorgen, daß man die Idee der gemeinsamen Sicherheit zur Ablösung der Strategie der Abschreckung akzeptiert. Danach müßte man darangehen durchzubuchstabieren, was das für die Strategien bedeutet, was das für die Sicherheit bedeutet und was man auf welchen Gebieten tun kann.

Biedenkopf: Ich möchte gleich von dem netten Wortspiel von vorhin ausgehen. „Mutual assured destruction“ heißt nicht nur abgekürzt „MAD“, sondern im Englischen „mad“ – verrückt. Und in der Tat, als man sich auf die Suche machte, dieses Konzept der „mutual assured destruction“ vor einer Aufhebung wegen fehlender Plausibilität zu schützen – nämlich schon Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre –, hat man versucht, wenn ich das jetzt mit dem Wortspiel weiterführen darf, die unmittelbare „madness“ durch eine gestufte abzulösen. Dabei wurde eine Annahme gemacht, von der heute immer mehr gesehen wird, daß sie wahrscheinlich nicht gemacht werden darf oder jedenfalls nicht auf Dauer gemacht werden kann, nämlich die Annahme, daß man einen solchen Prozeß der gestuften Akzeleration, das heißt der Steigerung der eingesetzten Mittel, noch rational kontrollieren könnte, wenn der Prozeß einmal in Gang gekommen ist. Der in meinen Augen wichtigste Einwand, der heute in der Diskussion gegen die augenblicklich herrschende NATO-Doktrin gemacht wird, ist dieser Einwand gegen die Kontrollierbarkeit des Prozesses. Die Diskussion in den letzten Jahren, die ja unter anderem auch – und dies soll für mich jedenfalls im Augenblick der einzige Rückblick sein – zur Nachrüstungskonzeption geführt hat, hatte nun insbesondere die Frage zum Gegenstand, ob man hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Abschreckung – Herr Bahr hat das schon gesagt, sie sei die notwendige Voraussetzung für das Funktionieren dieses Konzepts – unverändert davon ausgehen könnte, daß die Vereinigten Staaten bereit wären, im Falle eines Konflikts in Europa ihr eigenes Territorium in die Haftung zu nehmen und in der Haftung zu lassen, oder ob die Abnahme der Glaubwürdigkeit einer solchen amerikanischen Bereitschaft nicht dazu führen müßte, die Kriegsgefahr in Europa zu vergrößern. Dies hat zu dem Wunsch geführt, in Europa über strategische Systeme zu verfügen, mit denen man die Sowjetunion erreichen kann, in der Hoffnung, auf diese Weise die Abschreckungskette wieder zuverlässiger zu machen und eventuelle Lücken zu schließen.

Ich möchte zunächst am Beginn einen Punkt der Übereinstimmung feststellen, weil ich glaube, daß man darüber länger diskutieren muß und damit mehr Zeit hat, die Konsequenzen herauszuarbeiten und zu vertiefen. Auch nach meiner Auffassung ist das Prinzip oder der Gedanke

überholt, man könne Sicherheit durch Stärke, am ehesten durch mehr Stärke, als der andere sie hat, gewinnen. Ebenso wie die Wirkung der Waffen ohne historisches Vorbild ist, ist auch die Doktrin, die wir brauchen, um diese neuen wissenschaftlich-waffentechnologischen Möglichkeiten zu beherrschen, ohne Vorbild. Die ungeheure Schwierigkeit – und ich möchte diese Schwierigkeit wirklich sehr nachhaltig unterstreichen, damit hier keine falschen Machbarkeitsillusionen entstehen –, die ungeheure Schwierigkeit mit der Entwicklung von Konzeptionen nach der Nachrüstung, so wie der Titel dieser Diskussion heißt, liegt darin, daß wir diese Konzeptionen ohne historische Vorbilder entwickeln müssen. Alles, was wir aus der Geschichte an Erfahrung lernen können, ist im Grunde durch die Waffentechnologie und die Realität ihrer Existenz weitgehend überholt. Egon Bahr hat das deutlich gemacht, als er sagte: Man müsse lernen, daß die Sicherheit nicht darin bestehe, dem anderen gegenüberzustehen mit mehr Kraft, mehr Leistungsfähigkeit, mehr Verbündeten, mehr militärischer Macht, sondern daß die Sicherheit nur gemeinsam zu gewinnen sei. Ob man dies als Sicherheitspartnerschaft, als Überlebensgemeinschaft oder wie auch immer definiert, ist jetzt mehr ein terminologisches Problem, das ich unter keinen Umständen inhaltlich aufladen möchte; entscheidend ist der Begriff „Gemeinschaft“.

Es ist ganz offensichtlich so, daß der dauernde weitere Versuch, zu kontradiktorischen oder gegeneinander gerichteten Gleichgewichten zu kommen, zum Scheitern verurteilt ist. Die ganze Entwicklung der letzten 15 Jahre zeigt, unter Einschluß des ja in seiner ursprünglichen Konzeption gescheiterten NATO-Doppelbeschlusses – das ursprüngliche Ziel des NATO-Doppelbeschlusses war es ja, durch die Drohung mit einer Nachrüstung zu akzeptablen Verhandlungsergebnissen zu kommen, das ist nicht gelungen –, daß eine militärische Gleichgewichtsdoktrin nicht zur Sicherheit führt, weil diese Art von Gleichgewichten nicht stabilisierbar ist. Das hat nicht nur militärische, sondern auch politische Gründe. Herr Bahr hat etwas angemerkt, was von großer Bedeutung für die weitere Arbeit an der Entwicklung solcher Konzeptionen ist, daß sich nämlich aus der ungeheuren Bedrohung, die die atomare Bewaffnung darstellt, Prioritäten ergeben für politische Ziele. Und er hat eine solche Priorität auch entwickelt; er hat gesagt, die wichtigste Aufgabe sei es sicherzustellen, daß es nicht zu einem atomaren Krieg kommt, daß also in diesem Sinne Frieden herrscht. Demgegenüber hätten andere politische Ziele zurückzutreten, wie z.B. Menschenrechte oder Wiedervereinigung.

George Kennan hat in einem seiner letzten Aufsätze aus dem vergangenen Jahr genau dasselbe Problem aufgeworfen. Er hat es auch in einer Aussage vor dem zuständigen amerikanischen Senatsausschuß wiederholt, der sich mit Fragen der nuklearen Bewaffnung und der Entwicklung von alternativen Konzeptionen auseinandersetzte, und in die Worte gefaßt: Wenn man zwischen Frieden und Verwirklichung der Menschenrechte wählen müßte, dann müßte man die richtige Priorität setzen – und diese Priorität könne nur Frieden lauten. Es war genau derselbe Punkt, der darauf hinausläuft, daß die Gewichtung von Stabilitäten in solchen Gemeinsamkeitsperspektiven eine Relativierung anderer politischer Ziele bedeutet – nicht Preisgabe, aber Relativierung – und daß die Weiterverfolgung dieser anderen politischen Ziele immer eine abhängige Funktion der Erhaltung und Sicherung des ursprünglichen Zieles sein wird. Ich kann also, um das konkret zu wenden, meinen Druck, meine politische Aktivität, mein politisches Handeln in Richtung auf die Verwirklichung von mehr Menschenrechten in Osteuropa nicht mehr unabhängig davon bestimmen, was ich für politische Wirkungen dort auslöse, wenn diese die Sicherheitspartnerschaft – um einmal bei dem Begriff zu bleiben – existentiell gefährden können; wenn also z.B. der Warschauer Pakt und die Sowjetunion aus solchen Aktivitäten den Schluß ziehen würden, daß der Westen das Ziel habe, die materielle Legitimationsbasis der dortigen Herrschaftsrechte zu gefährden und deshalb diesem elementaren Gemeinschaftsbedürfnis zuwiderzuhandeln.

In dem Begriff Sicherheitspartnerschaft steckt also, wie in jedem Gemeinschaftsbegriff, die Bereitschaft, auf die Interessen des jeweiligen Partners in gewissem Umfang Rücksicht zu nehmen, und zwar auch so weit, daß über das unmittelbare Problem der Domestizierung der

atomaren Gefahr hinausgegangen wird. Eine der erheblichen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen werden, ist die Abgrenzung dessen, was wir in dem Sinne in die Partnerschaft an Akzeptanz der Situation des anderen einbringen können. Ein weiterer Punkt, den ich als Aufgabenstellung formulieren will – weil ich nicht sagen kann, ich hätte darauf schon abschließende Antworten oder gar fertige Konzepte –, ist, wir stellen nicht nur fest, daß Sicherheit nicht zu haben ist im Sinne des Gegeneinander – immer mehr Potentiale auf der einen wie auf der anderen Seite, ein Prozeß, der die berühmte Rüstungsspirale vorantreibt –, sondern wir stellen auch fest, daß der Versuch, auf diese Weise Sicherheit zu erhöhen, in einem – ich möchte sagen – fast dialektischen Verhältnis dazu führt, daß die Unsicherheit wächst. Ich will das an einem Begriff deutlich machen, der in der Diskussion in den vergangenen Monaten eine große Rolle gespielt hat, nämlich am Begriff der Erpreßbarkeit.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Notwendigkeit der Nachrüstung und die Möglichkeit, auf eine solche Nachrüstung eventuell zu verzichten, hat der Gedanke eine Rolle gespielt, daß der Verzicht auf eine solche Nachrüstung zu einer Erpreßbarkeit Westeuropas oder auch der Bundesrepublik Deutschland führen könnte. Ich habe nie ganz nachvollziehen können, worin ganz konkret diese Erpreßbarkeit liegen soll. Aber ich unterstelle einmal, daß es eine Situation geben kann, wo eine Seite der anderen gegenüber so stark ist und so große Potentiale ins Feld führen kann, daß die andere sich als erpreßbar empfindet, das heißt, daß sie das Gefühl hat, sie müsse dem Willen des anderen nachgeben, um nicht ein unkalkulierbares Risiko zu laufen. Wenn ich einer solchen Situation nun mit weiterer Rüstung, und zwar vor allen Dingen mit atomarer, nicht mit konventioneller Rüstung begegnen will, dann kann auch hier ein dialektisches Phänomen auftreten: in dem Sinne nämlich, daß die Abwehr solcher Erpreßbarkeiten mit Risiken verbunden ist, die so hoch sind, daß mir die Abwehrmittel gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Das heißt, ich kann durch atomare Überrüstung oder Hochrüstung erpreßbar werden statt weniger erpreßbar. In beiden Bereichen, sowohl im Bereich der Rüstungsspirale wie im Bereich des Begriffes Erpreßbarkeit, gibt es für mich gefährliche Ambivalenzen. Wenn ich diese Ambivalenzen vermeiden will durch den Gedanken der gegenseitigen Sicherheitsgewährleistung, dann muß ich mir allerdings darüber im klaren sein, daß ich diese gemeinsame Sicherheit nur haben kann, wenn ich auch ein Stück Unsicherheit in Kauf nehme, wenn ich nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Sicherheit anstrebe, und das ist ein entscheidender Unterschied.

Die bisherige Politik hat, vergrößert gesagt, ein Maximum an Sicherheit angestrebt – auch im Blick auf historische Vorbilder. Die Diskussion in den Vereinigten Staaten wie in der Sowjetunion ist, wenn auch in völlig unterschiedlichen Zusammenhängen, geprägt durch den Wunsch nach einer solchen maximalen Sicherheit. Wenn ich jetzt aber einmal davon ausgehe, daß die maximale Sicherheit des einen immer eine hohe Unsicherheit des anderen bedeuten muß, solange die Menschen so sind, wie sie sind, kann ich ein Optimum nur unterhalb dieser Maximalgrenze finden, so daß ich ein Stück Unsicherheit in Kauf nehmen muß. Die Frage lautet jetzt: Wie kann ich dieses Stück Unsicherheit a) definieren und b) handhabbar machen?

Ich habe den Vorschlag gemacht, man könne dies vielleicht auch in der Weise tun – der Vorschlag ist bisher noch nicht ausführlich diskutiert –, daß man den Gleichgewichtsbegriff anders definiert, als das bisher der Fall war, nämlich nicht als ein Gleichgewicht der militärischen Potentiale und Möglichkeiten, sondern als ein Gleichgewicht der Gesamtlagen auf beiden Seiten unter Einschluß der Leistungsfähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Systeme. Ich will in wenigen Sätzen sagen, was ich damit meine. Wenn ich das einmal auf Europa beschränke und die westliche und östliche Seite in Europa betrachte, dann verfügt Westeuropa unter Einschluß der Vereinigten Staaten und Kanada, also die NATO, über ein der Sowjetunion weit überlegenes wirtschaftliches Potential. Das steht völlig außer Frage. Die Wirtschaftssysteme sind bei allen Mängeln, die sie haben, bei allen Schwierigkeiten, die sie aufweisen, und Krisenerscheinungen, die immer wieder auftreten mögen, unverhältnismäßig viel leistungsfähiger als die Wirtschaftssysteme des Warschauer Pakts. Ich kann auch sagen, daß die politischen Systeme tatsächlich stabiler sind. Zwar scheinen die politischen Systeme der

Warschauer-Pakt-Staaten relativ stabil, weil ihre Instabilitäten überhaupt nicht zum Ausdruck kommen können, aber sie sind für die Herrscher der dortigen Regionen selbst so wenig einschätzbar, daß die Beteiligten immer von der Annahme hoher Instabilitäten ausgehen und auch entsprechende Vorhalte machen müssen, um diese Instabilitäten unter Kontrolle zu halten. Sie kennen die Realität nicht, weil sie Informationen über die Realität gar nicht zulassen. Wo der Warschauer Pakt überlegen sein kann und wo er auch sein ganzes Gewicht hinlegt, ist die militärische Seite.

Die Frage, die ich mir stelle, ist, ob man bei der Bestimmung eines Gesamtgleichgewichts zur Gewinnung einer Gemeinschaftssituation im Bahr'schen Sinne oder einer Partnerschaftssituation das Risiko auf sich nehmen darf oder kann, der anderen Seite im militärischen Bereich einen gewissen Vorsprung einzuräumen, der die höhere Leistungsfähigkeit der politischen und ökonomischen Systeme kompensiert, um auf diese Weise zu verhindern, daß die auch in einer Gemeinsamkeitssituation notwendige Balance immer wieder zu einer Instabilität führt, die man mit militärischen Mitteln auszugleichen sucht. Mit anderen Worten, die Frage ist auch mit dem Begriff Sicherheitspartnerschaft noch nicht beantwortet, wie man eine solche Partnerschaft stabilisieren kann. Die Stabilisierung dieser Partnerschaft scheint mir eine der wichtigsten Aspekte oder Aufgaben bei dem Versuch zu sein, sicherheitspolitische Konzepte zu entwickeln.

Bahr: Ich möchte an zwei Punkte anknüpfen. Der erste ist die Frage des Gleichgewichts, und der zweite betrifft die Abgrenzung zwischen Partnerschaft und Gegensätzen. Zum ersten Punkt: Gleichgewicht ist das Gegenteil von Übergewicht. Gleichgewicht ist sicher nicht einseitig zu definieren. Für mich ist Gleichgewicht nur dann gegeben, wenn es von beiden Seiten als solches anerkannt wird.

Gleichgewicht kann nur das Ergebnis von Verhandlungen sein. Deshalb glaube ich oder nehme ich an, daß es besser ist, statt Gleichgewicht Stabilität zu sagen. Gleichgewicht oder Stabilität setzt sich dann aus vielen Faktoren zusammen, sicherlich politischen, sicherlich wirtschaftlichen, sicherlich militärischen, das heißt, jemand, der Gleichgewicht oder Stabilität will, muß zu dem Ergebnis kommen, daß er sie nur als Ergebnis einer Vereinbarung mit dem potentiellen Gegner erreichen kann, denn Abschreckung und Aufrüstung sind Zwillinge. Aber ich werde nur zu einem Stopp kommen, wenn ich – und das ist jetzt der zweite Punkt – nicht nur Sicherheit als Gemeinsamkeit sehe, sondern auch Risiko. Die Gemeinsamkeit der Sicherheit verlangt eine Gemeinsamkeit des Risikos. Ohne jedes Risiko gibt es auch keine Sicherheit: Es gibt keine narrensichere, absolute Sicherheit.

Die Frage, wie man das Minimum der gemeinsamen Risiken zu einem Maximum der gemeinsamen Sicherheit machen kann, führt mich zu folgender Überlegung. Wenn ich das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit annehme, dann würde es zu der Erkenntnis führen, die labile Stabilität, die es heute gibt, sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Gemeinsame Sicherheit bedeutet: Als erster Schritt Stopp für Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme. Ich muß nicht in den Weltraum gehen, ich muß nicht Laserwaffen entwickeln; erst einmal stoppen, um die Sache nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Wenn man dies erreichen würde, wäre das, gemessen am heutigen Zustand, schon sehr viel. Als zweiter Schritt wäre dann zu klären, ob das auch gemeinsam kontrolliert werden kann. Ein amerikanischer Politiker hat vorgeschlagen, Kontrollstationen einzurichten, sowohl in Amerika als auch in der Sowjetunion, diese mit gemeinsamen Teams zu besetzen und ihnen das äußerste zu geben, was man an Kontroll-ausrüstungen, Nachrichtensatelliten und Erkennungsmöglichkeiten hat. Beide Stationen bekämen das gleiche, beide könnten sehen, was passiert. Das wäre in der Tat der Beginn der Organisation eines Stückchens gemeinsamer Sicherheit vor Überraschungen. Wenn ein Stopp für die Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme erreicht ist, könnte man sich drittens überlegen, ob man gemeinsame Sicherheit nicht auch ein bißchen billiger bekommen kann als heute, denn wir wissen ja alle, daß wir es mit einer idiotischen Verschwendung von Ressourcen und Geld, das wir für anderes besser brauchen könnten, zu tun haben. Gemein-

same Sicherheit ist für mich die Voraussetzung überhaupt, um zum ersten Mal zur Abrüstung zu kommen.

Wir reden im Augenblick über das Stoppen von Aufrüstung oder über die Kontrolle von Aufrüstung, aber über Abrüstung wird gar nicht gesprochen. Jede dieser drei qualitativ unterschiedlichen Stufen könnte noch Unterstufen haben: Gewaltverzicht zwischen beiden Pakt-systemen, Einrichtung von nuklearfreien Korridoren. Da gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten und Teilschritten in den einzelnen Abschnitten. Dabei taucht aber die Frage auf nach der Abgrenzung und Partnerschaft von Gegensätzen, die Kurt Biedenkopf gestellt hat. Das muß man in der Tat sehen. Vielleicht darf ich mich aber zuvor noch zu der Frage der Erpreß-barkeit äußern. Ich bin hier mit Kurt Biedenkopf in ebenso relativer Tuchfühlung wie Helmut Schmidt mit Alois Mertes, das heißt, das ist keine Parteienangelegenheit.

Erstens, erpreßbar ist nur der, der sich erpressen läßt. Zweitens, bei der heutigen Situation sehe ich überhaupt keine Erpreßbarkeit, weil nicht wir antworten, sondern die Amerikaner, wenn man versuchen würde, uns vom Osten her zu erpressen, was übrigens bislang nicht ge-schehen ist. Nicht wir verfügen über Atomwaffen, die Amerikaner verfügen darüber. Drittens ist Erpreßbarkeit auch deshalb nicht möglich, weil die Amerikaner eine Erpressung der Bundesrepublik Deutschland nicht zulassen würden. Die Vereinigten Staaten würden es nicht zulassen, daß die Bundesrepublik als Potential unversehrt in die Hände der Sowjetunion käme. Häufig wird dagegen gesagt, es gehe nicht um militärische Erpreßbarkeit, sondern um die Gefahr der Willfährigkeit oder des vorweggenommenen Wohlverhaltens. Viertens kann ich darauf nur antworten, wer so schwach ist, das heißt schwächer ist, als sich Finnland außerhalb des Bündnisses immer gezeigt hat, der muß allerdings nur noch zum Beten Zuflucht nehmen. Eine politische Willfährigkeit oder Erpreßbarkeit unterstelle ich nicht einmal den Finnen, geschweige denn einem Land in einem Bündnis. Ich halte die Diskussion über Erpreßbarkeit für eine solche, die in die Irre führt und die geeignet ist, von den wirklichen Problemen abzu-lenken.

Damit bin ich bei dem Punkt Abgrenzung. Normalerweise wird einem entgegengehalten, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit übersieht, daß die Sowjetunion oder der Kommunismus darauf angelegt ist, die Weltherrschaft zu erringen. Eine Antwort darauf ist: Im Prinzip ist auch die Demokratie darauf angelegt, global zu sein. Wir wollen doch, daß alle Menschen oder alle Länder Demokratien haben, weil wir das für das Beste halten. Ich kann, sagen wir einmal, den religiösen Ansatz des Kommunismus, das Beste für die übrige Menschheit zu sein, nicht wegverhandeln; ich habe übrigens davor keine Angst. Ich habe nicht Angst vor der Ideologie, ich habe nur Angst vor Raketen oder Panzern. Das heißt, ich muß dafür sorgen, daß die Ideo-logie nicht mit Gewalt verbreitet wird. Wenn das gelingt, haben wir alles geschafft, was wir schaffen können. Der Rest ist eine Sache der Geschichte. Denn – und das ist der Punkt der Abgrenzung, den Kurt Biedenkopf aufgeworfen hat – ich kann das auch anders formulieren: Kommunisten oder kommunistische Regierungen sind für mich unentbehrliche Partner der Organisation der Sicherheit. Innenpolitisch bleiben Kommunisten meine Gegner, und welt-politisch sind Kommunisten oder ist der Kommunismus eine Konkurrenz zu unseren Wert-vorstellungen. Ich brauche also Gemeinsamkeit zu einem einzigen übergeordneten Ziel, nämlich der Erhaltung des Friedens. Alles andere ist nachgeordnet: welches Wirtschaftssystem besser ist, welche Wertvorstellungen, welche Ideologien, wie sich das Individuum besser entfalten kann, was das Ziel des Lebens ist; alles das kommt hinterher, ich muß aber Leben erhalten: und deshalb ist für mich die gemeinsame Sicherheit übergeordnet, und erst dann gibt es für mich die historisch unausweichliche Auseinandersetzung unterschiedlicher Werte, Ideologien, Systeme: das wäre für mich, um auf Ihre Frage zu antworten, die Grenze.

Biedenkopf: Die Schwierigkeit bei einer solchen Abgrenzung ist damit aber nicht bewältigt. Die Abgrenzung, die Sie vorgenommen haben, ist eine Abgrenzung, die sich auf die westliche Seite dieser Gemeinschaft bezieht. Sie kann aber in dem Sinne, wie Sie es formuliert haben, von der östlichen Seite nicht nachvollzogen werden, und das wird sehr deutlich in der Trias,

die Sie gebildet haben: Die Kommunisten sind unentbehrliche Partner für die Organisation der Sicherheit, sie sind innenpolitisch mein Gegner, und sie sind weltweit mein Konkurrent. Das kann ich sagen, und zwar mit großer Gelassenheit, wenn ich von einer Staatsform mit offener Gesellschaft aus argumentiere. Die Schwierigkeit ist nur für die andere Seite, daß sowohl die weltweite Konkurrenz wie die Rückwirkungen dieser weltweiten Konkurrenz in die Innenpolitik oder in die innenpolitische Befindlichkeit – sagen wir einmal der Sowjetunion, um die Sache zu vereinfachen – von der Sowjetunion bereits als eine Gefährdung der Sicherheitspartnerschaft verstanden werden kann und möglicherweise sogar verstanden werden muß.

Ich habe bei meinem letzten Besuch in Moskau in Gesprächen mit Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften gefragt: Was ist denn zu tun, wenn alles das, was wir von den Zielen und politischen Absichten der Sowjetunion annehmen, falsch sein soll, die wirkliche Zielsetzung der Sowjetunion? Was erwartet denn die Sowjetunion von ihrer Politik gegenüber Europa? Ich habe gefragt: Was ist denn nun eigentlich das Ziel? Die Antwort war sehr schlicht und trotzdem außerordentlich weittragend. Sie lautete: Aufrechterhaltung des Status quo. Und zu dieser Aufrechterhaltung des Status quo gehört auch die Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle, der innenpolitischen Kontrolle, der Systemkontrolle, der Strukturkontrolle Osteuropas. Wir haben diese Diskussion etwas vertieft, und aus dieser Vertiefung habe ich den Eindruck gewonnen – und dem wird auch im Prinzip nicht widersprochen –, daß man es als eine im sicherheitspolitischen Sinne relevante Bedrohung ansehen würde, wenn wir mit nicht-militärischen Mitteln, das heißt mit ideologischen Mitteln unter Ausnutzung der Kommunikation, der Förderung von Dissidentengruppen usw., zu einer Destabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse beitragen oder diese in irgendeiner Weise fördern würden. Da sehe ich die große Schwierigkeit. Wenn wir auf beiden Seiten dieser Konfrontation vergleichbare Grundannahmen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft hätten, wäre das viel einfacher. Wir haben aber eine fundamental unterschiedliche Konzeption über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, vereinfacht gesprochen, der für uns entscheidende konstitutive Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft in diesem Sinne wird auf der anderen Seite nicht nachvollzogen.

Bahr: Darf ich mal dazwischen?

Biedenkopf: Ja, gerne.

Bahr: Diese Status-quo-Diskussion ist natürlich faszinierend und geht an einen Nerv der Sache überhaupt. Erstens, ich stimme Ihnen zu, oder ich stimme auch der sowjetischen Auskunft zu, die Sie zitiert haben, daß man Sicherheitspartnerschaft nur auf der Basis des Status quo bekommen kann. Ich kann ja nicht sagen, nur wenn du die DDR freigibst, bin ich bereit, Frieden zu halten. Nein, nein, dies steht gar nicht zur Debatte. Die Frage ist: Verlangt die Sowjetunion, wenn wir zu einer Partnerschaft der Sicherheit kommen, gleichzeitig einen ideologischen Friedensschluß? Meine Antwort darauf wäre: Nein. Übrigens, nicht nur, weil ich nicht glaube, daß es eine Konvergenz von Ideologien gibt, sondern auch, weil ich glaube, daß eine Konvergenz von Ideologien oder auch nur der Versuch dazu für den Kommunismus unerträglich wäre. Bleibt die Frage: Setzt sich das System drüben der normalen Konkurrenz oder der normalen Entwicklung aus? Da kann ich nur sagen, jawohl, das muß es. Das gehört zu den Risiken, die drüben getragen werden müssen, davon kann ich sie nicht befreien.

Biedenkopf: Jetzt sind wir aber genau an dem Punkt. Denn wenn wir den Weg, den Sie gezeichnet haben, gehen – und dem ich eigentlich nichts entgegensetzen möchte, weil ich ihn für richtig halte –, daß man nämlich die labile Lage, wie sie heute ist, nicht weiter stören darf, das heißt nach Meinung der Sowjetunion, nicht weiter stören soll – und dies hat man schon in einigen der Vereinbarungen, insbesondere in der SALT-Vereinbarung, wenn auch in

anderem Zusammenhang zugesagt, etwa bei der gemeinsamen Absicht, keine Raketenabwehreinrichtungen zu schaffen, die dann wiederum die Bedrohbarkeitsbalance verändern –, wenn man also diesen Weg gehen oder dieses Programm durchführen will, dann kann man es natürlich nicht aus dem Gesamtzusammenhang mit nichtmilitärischen Risiken lösen. Ich sehe die größte Schwierigkeit in der viel engeren Verflechtung zwischen den militärischen und den nichtmilitärischen Risiken bei der Sowjetunion als bei uns. Für uns ist dieses ideologische Konkurrenzrisiko ja viel geringer – und das ist das, was ich meinte, wenn ich vorhin sagte, daß die politischen Systeme bei all ihren Schwächen, mit denen wir in diese Auseinandersetzung eintreten, viel leistungsfähiger sind. In der Tat, unter offenen Konkurrenzbedingungen gäbe es das System in der DDR nicht mehr lange. Insofern ist Ihre Formulierung „und/oder“ nicht richtig, sondern es heißt „oder“. Es geht nur dadurch, daß ich auf die inhärente Entwicklung vertraue. Auch das ist ein Stück Risiko, das ich übernehmen muß. Man kann es auch so formulieren: Wenn die Sowjetunion, allgemeiner gesprochen, wenn der Osten bereit wäre, das Risiko einer Entwicklung auf sich zu nehmen, die man als Folge einer solchen Gemeinsamkeit nicht mehr unter Hinweis auf die externe Bedrohung stoppen oder kontrollieren kann; die Gemeinsamkeit würde ja den Wegfall eines sehr wichtigen Disziplinierungsinstruments für innenpolitische Zwecke bedeuten. In dem Maße, in dem wir diese Gemeinsamkeit plausibel machen, nehmen wir der sowjetischen Führung die Möglichkeit, durch den Aufbau externer Feindbilder die interne Disziplinierung der Menschen zu rechtfertigen. Das heißt, der Entwicklungsprozeß wird notwendigerweise beschleunigt. Es werden Freiheiten in Anspruch genommen werden, die man mit dem Hinweis auf externe Bedrohung nicht mehr ohne weiteres unterdrücken kann. Wenn die Sowjetunion dieses Risiko auf sich zu nehmen bereit ist, dann müssen wir das Risiko auf uns nehmen – das betrifft auch ganz konkret z.B. die DDR oder Osteuropa –, daß dieser Weg relativ lange dauert, daß wir in dieser Zeit nicht aktiv an diesem Prozeß mitwirken können, weil das sonst wieder eine Intervention wäre. Wir müssen das Risiko auf uns nehmen, Herr Bahr – das kann man, glaube ich, auch nicht ausklammern –, daß die andere Seite im Zuge dieses gemeinschaftlichen Entwicklungsprozesses die Nerven verliert, ich meine nicht militärpolitisch die Nerven verliert, sondern in bezug auf die Erhaltung ihrer Legitimationsstruktur. Denn wir muten ja hier der anderen Seite eine langsame Erosion ihrer jetzigen Herrschaftsstruktur zu – oder sie muß es sich selbst zumuten. Es kann sein, daß sie damit anfängt, es kann aber auch sein, daß sie sehr schnell Rückschläge erleidet, so daß wir dann alle insgesamt ein neues Risiko haben. Dieses Risiko müssen wir uns auch zumuten. Ich wäre bereit, das in Kauf zu nehmen, aber darüber muß man natürlich diskutiert haben.

Bahr: Sie haben gesagt, für die Sowjetunion oder für den Osten wird dann das Moment der inneren Disziplinierung schwächer. Das ist richtig. Ich kann hinzufügen, für den Westen auch. Denn wenn gemeinsame Sicherheit besteht, das heißt, wenn auch das Risiko gleich ist, dann würde es sehr viel schwerer werden, Milliarden von Dollars für zusätzliche Rüstung vom Kongreß zu erhalten oder in Mark ausgedrückt vom Bundestag. Innerhalb des Westens gibt es auch solche Prozesse, und ich wäre bereit, auch dieses Risiko zu tragen. Ich muß aber von der Sowjetunion ein Stückchen mehr verlangen, denn sie muß ihre Teilideologie von dem gerechten Krieg auch ersetzen durch die Ideologie der gemeinsamen Sicherheit. Es gibt unter diesem Gesichtspunkt der gemeinsamen Sicherheit keine Rechtfertigung mehr für die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Ich habe die Ideologie des gerechten Krieges nie für richtig gehalten, aber jedenfalls ist sie im atomaren Zeitalter unter der Drohung des Endes der Menschheit nicht mehr zu halten. Sie haben von einer langsamen Erosion der Herrschaftsstruktur gesprochen, was ich nicht teilen würde, und zwar aus folgendem Grunde: Ich glaube nicht, daß man der Sowjetunion ersparen kann, die Reformfähigkeit ihres Systems zu erweisen, selbst wenn die Lage nicht verändert wird oder wenn die Entwicklung so weitergeht wie im Augenblick, selbst ohne gemeinsame Sicherheit.

Biedenkopf: Verzeihen Sie, wenn ich Sie an dem Punkt unterbreche, aber es geht nicht darum, ob man der Sowjetunion das ersparen kann oder nicht. Ich glaube, daß es auch in der Sowjetunion viele einsichtige Leute gibt, die wissen, daß ohne ein Stück Reformfähigkeit die Sowjetunion sich selbst durch eine immer weitere Aufrüstung nicht dauerhaft stabilisieren kann. Die Frage ist, in welchem Umfang kann man die Bereitschaft, einen solchen Prozeß nicht mehr unter Rückgriff auf die Behauptung externer Bedrohung zu steuern, in dieses Paket einbringen. Es ist doch immer wieder so gewesen, daß dann, wenn die Sowjetunion in eine besondere Schwierigkeit kam, der Hinweis eine wichtige Rolle gespielt hat, alle müßten diese Schwierigkeiten ertragen, denn nur auf diese Weise könnte man sich vor den imperialistischen Angriffsmächten schützen. Wenn eine solche Partnerschaft in politischem Sinne nicht nur deklamatorisch ist, sondern verinnerlicht wird, dann fällt dieses Argument zunehmend weg, und angesichts der Kommunikationsmöglichkeit selbst in geschlossenen Gesellschaften wird es auch innenpolitisch immer weniger plausibel. Es gibt ja, wenn auch in sehr viel geringerem Umfang, auch innenpolitisch Rückkoppelungen in der Sowjetunion zwischen dem, was zumutbar, und dem, was machbar ist. Hier wird ein Stück des inneren Stabilitätsmechanismus abgebaut. Man kann das mit den wachsenden Schwierigkeiten parlamentarischer Repräsentationsgremien vergleichen, Mehrheitszustimmungen für Rüstungsausgaben zu schaffen; aber ich glaube, es ist doch eine andere Qualität. Die Qualität der Frage, bekomme ich die Mehrheit für einen bestimmten Etatposten, nämlich den Verteidigungsposten in der Bundesrepublik Deutschland, und die Qualität der Frage, ist mein jede Alternative und jede Pluralität ausschließendes Herrschaftssystem materiell legitimiert, das sind zwei fundamental verschiedene Dinge. Die zweite Frage ist für diejenigen, mit denen wir jetzt diese Gemeinsamkeit begründen wollen, von sehr viel existentiellerer Bedeutung als die Frage, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland für eine Weiterentwicklung des Wehretats eine ausreichende Mehrheit bekommen.

Bahr: Das kann ich nicht bestreiten, daß es für die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder schwerer ist und elementarere Fragen ihrer Existenz oder ihrer politischen Existenz aufwirft, bloß ich kann ihnen auch nicht die Entscheidung ersparen . . . ,

Biedenkopf: Das ist richtig.

Bahr: . . . ob die Gemeinsamkeit der Sicherheit, das heißt des Überlebens, nicht auch für sie prioritär ist.

Biedenkopf: Das ist der entscheidende Punkt.

Bahr: Das ist der entscheidende Punkt. Wenn wir gemeinsam in Sicherheit leben, dann jedenfalls für eine zeitlich nicht überschaubare Periode. Reduziert auf die deutsche Frage bedeutet dies, daß wir für eine nicht überschaubare Zeit nach der Gemeinsamkeit in der Teilung mit der DDR zu suchen haben, ohne sie in dieser Frist infrage zu stellen. Und wir müssen es einem geschichtlichen Prozeß überlassen – insofern ist die deutsche Frage in der Tat europäisiert –, ob es sich am Ende dieses Weges so darstellt, daß entweder dieses Europa in den staatlichen Grenzen so existiert, wie es existiert, oder zusammenarbeitet, wie Sie das wollen, und die Sicherheitsfurcht voreinander jedenfalls abgebaut wird. Dann kann ich mir eine Situation vorstellen, in der die Überwindung der staatlichen Teilung gar nicht mehr gefragt ist oder aber, wenn man sie wieder auch von drüben stellt, sie geschehen kann, ohne das Gefüge Europas so zu verändern, das heißt, daß die Stabilität auch in den heutigen Grenzen die Voraussetzung für eine nicht begrenzbar Zeit bleibt.

Biedenkopf: Ich halte das für sehr wesentlich und für richtig. Ich habe diese Auffassung ebenso vertreten. Wir sollten aber noch eine Vertiefung vornehmen; denn was Herr Bahr eben nur mit einem Satz gesagt hat, nämlich die Europäisierung dieser Frage, ist für die Weiterentwick-

lung des Konzepts ganz entscheidend, denn sie bedeutet in meinen Augen, daß man nicht in vollem Umfang von dem Prinzip ausgehen kann, alles, was sich zwischen den Weltmächten bewegt, ist auch von unmittelbarer Relevanz und muß unmittelbar durchschlagen auf Europa. Sie können nämlich nach meiner Auffassung die Europäisierung dieser Partnerschaft mit den ganzen spezifischen Bedingungen, die Europa betreffen und die von Europa durch Europa gegeben sind, nicht immer wieder zur Disposition stellen für irgendwelche Konflikte, die irgendwo anders auftreten.

Ich möchte jetzt nicht diese Frage der sogenannten horizontalen Eskalation vertiefen, aber ich möchte zu Europa noch dies sagen: Nach meiner Überzeugung kann es in der Tat zu dem Punkt kommen, wo die nationalen Grenzen in Europa an Bedeutung verlieren, wenn der Beginn einer europäischen oder die Ausweitung einer europäischen Friedensordnung durch eine solche gemeinsam gestaltete Sicherheit gelingt. Wir haben das ja erlebt in den letzten 60 Jahren in Westeuropa. Niemand hätte es vor 60 Jahren für möglich gehalten, daß die nationalen Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Italien oder Großbritannien so irrelevant werden könnten, wie sie das für die Lebenserfahrung der Westeuropäer heute sind. Wenn es in dieser Form zu einer Gesamteuropäisierung dieser westeuropäischen Friedensordnung kommen kann, dann wäre für mich jedenfalls die Essenz dessen eingelöst, was die Präambel des Grundgesetzes über die Einheit in Freiheit sagt. Ich halte das Gebot dieser Präambel in erster Linie nicht für ein organisatorisches, sondern für ein materielles Gebot. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß dieser Weg ungeheuer lang ist, weil er von der anderen Seite, von der Sowjetunion, nur beschritten werden kann, wenn es der Sowjetunion gelingt, ihre innere Reformfähigkeit so weit zu entwickeln, daß sie in der Lage ist, gesellschaftliche Systeme zu schaffen, die nicht mehr in ihrer Existenz und in ihrer Tragfähigkeit durch geringfügige Verschiebungen und Veränderungen, durch die Entwicklung von Alternativen oder Pluralisierungen existentiell bedroht werden, die also sehr viel elastischer sind, als dies heute der Fall ist.

Nach meinem Eindruck besteht ein Zusammenhang mit dem, was sowohl politischer Grundbestand von CDU wie von SPD zu sein scheint. Dieser Prozeß, den wir hier diskutieren, ist ohne eine selbständige Rolle Europas nicht möglich. Er ist nicht möglich, ohne daß sich Europa hier auch eine selbständige, aus seinen eigenen Interessen inhaltlich bestimmte Mitspracherolle zueignet. Diese wird sie nicht ohne weiteres zugesprochen bekommen. Es ist auch eine Frage der Selbstbewahrung des europäischen Gedankens, und insofern halte ich die Entwicklung dieser Sicherheitspartnerschaft und die Definition ihrer Bedingungen nicht nur für eine Aufgabe der beiden Weltmächte, sondern für eine Aufgabe, bei der die Europäische Gemeinschaft und die europäischen Völker eine ganz entscheidende Leitfunktion übernehmen müßten, wenn die Blockade zwischen den beiden Weltmächten aufgelöst und aufgelockert werden soll.

Bahr: Was die Sicherheit angeht, glaube ich, daß Westeuropa ohne Amerika die Stabilität gegenüber der Sowjetunion nicht mehr herstellen kann. Das ist in den frühen 50er Jahren eine Möglichkeit gewesen; dieser Zipfel der Geschichte ist vorbeigerauscht. Allein aus technischen Gründen könnte ich das beweisen: die Globalität der Vorwarnsysteme. Das heißt, unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit werden die Abstände zwischen den beiden Supermächten auf der einen Seite und allen anderen Staaten auf der anderen Seite größer und nicht kleiner, die Unterschiede nehmen zu. Die Abhängigkeit aller europäischen Staaten zwischen den beiden Supermächten wird also militärisch größer und nicht kleiner. Das kann auch nicht durch europäische Beschwörungsformeln aus der Welt geschafft werden, das ist eine harte Realität. Auch aus diesem Grunde komme ich zu der Konsequenz, daß Politik nicht primär unter Sicherheits- und militärischen Gesichtspunkten gesehen werden darf, sonst würde Europa sich selbst schwächen. Gemeinsame Sicherheit ist für mich auch der Weg, um die relative Stärke der europäischen Staaten gegenüber den beiden Supermächten wirtschaftlich und politisch überhaupt erst wieder zum Tragen zu bringen. Wichtig ist, daß die europäischen

Staaten erst einmal zu ihrer Identität der gemeinsam formulierten Interessen finden. Ob die Westeuropäer dazu in der Lage sein werden, werden wir in Stockholm ja sehen, ich bin allerdings skeptisch. Für die osteuropäischen Staaten diesseits der Sowjetunion ist das sehr viel schwerer. Doch wenn es möglich ist, daß west- und osteuropäische Staaten die Gemeinsamkeit in der Teilung – das ist ja nicht nur ein deutsches Problem – formulieren können, z.B. durch atomwaffenfreie Korridore, z.B. durch regionale, das heißt europäische Chemiewaffenfreiheit, dann sollen sie das, verdammt noch mal, tun, dann werden sie auch die „Dicken“ bewegen.

Biedenkopf: Das ist ein Punkt, wo ich anderer Meinung bin als Sie. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Europäer abhängiger werden, es sei denn, daß sie eben die Frage der Sicherheitspartnerschaft doch in erster Linie militärisch definieren. Gerade aus dem Grund habe ich vorgeschlagen, daß man das Gleichgewicht anders bestimmen soll und daß man zumindest unter politischen Gesichtspunkten – unter Gesichtspunkten der gegenseitigen Zerstörungsfähigkeit ist das nicht möglich – die Bedeutung des militärischen Gleichgewichtsgedankens relativieren soll, weil ich auch nur so eine Möglichkeit sehe, auf dieser kategorialen Ebene, nämlich der militärischen, Ungleichgewichte auszugleichen, die auf der politischen Ebene zu Lasten des Ostens bestehen. Wenn Sie die Leistungsfähigkeit der gesellschaftspolitischen Systeme und der Volkswirtschaften in die Gleichgewichtsbetrachtung mit einbeziehen, und da begegnen wir uns wieder, dann ist die relative Bedeutung Europas sehr viel größer.

Die Diskussion über das, was die Europäer tun sollen, erinnert mich verdammt an die Diskussion über die Frage, was zuerst da war: die Henne oder das Ei. Nach meiner Überzeugung wird es zu einer ernsthaften, wirklich ernsthaften Anstrengung mit dem Ziel einer Neubestimmung dessen, was ich jetzt einmal die europäische Identität nennen möchte oder eine europäische Gemeinsamkeit, nur dann kommen, wenn dies für die Europäer unausweichlich ist. Das kommt nicht aufgrund von Einsichten allein. Die große europäische Anstrengung Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre war durch die Schrecklichkeit der Erfahrungen mit der Alternative geprägt. Diesen Lehrmeister können wir nicht noch einmal gebrauchen.

Bahr: Aber was heißt das praktisch?

Biedenkopf: Das heißt praktisch, daß in Europa folgendes deutlich gemacht werden muß: Nur wenn Ihr Europäer, Westeuropäer jetzt in concreto, es fertigbringt, im ökonomischen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich einen eigenständig formulierten Beitrag zu einer solchen Partnerschaft zu leisten, habt Ihr überhaupt eine Chance, aus der militärischen Konfrontation herauszukommen. Die beiden Weltmächte allein werden ohne diese europäische selbständige Leistung und Hilfe diesen Weg nicht gehen, weil die Aufteilung der Welt bequemer ist und weil die Entwicklung von selbständig mitwirkenden Entscheidungszentren bei allem Respekt, den ich vor der großen Leistung der Vereinigten Staaten gerade in Europa habe, etwas ist, was jedenfalls in der Interessensrangordnung der Vereinigten Staaten einen anderen Stellenwert hat, als es bei uns haben müßte.

Es gibt keine Interessenidentität zwischen dem regionalen Bereich Europa und der Weltmacht Vereinigte Staaten – kann es auch gar nicht geben, und die Annahme einer solchen vollständigen Identität ist anormal. Wir haben eine ganze Zeitlang mit dieser Annahme leben können, weil die Vereinigten Staaten eine für uns unverzichtbare Funktion hatten, und die werden sie auch in Zukunft haben. Gleichwohl müssen die Europäer das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auf neue Grundlagen stellen, die auch der ökonomischen und politischen Leistungsfähigkeit Europas angemessen sind. Sie müssen sich in die Lage versetzen, einen eigenständigen ökonomischen und politischen Beitrag zu dieser Sicherheitspartnerschaft zu leisten; sonst haben Sie nämlich letztlich immer wieder, Herr Bahr, in der Trias politischer, ökonomischer und militärischer Aspekte dieser Gemeinschaft die Dominanz der militärischen. Natürlich werden die Abhängigkeiten größer, wenn tendenziell die Dominanz der militärischen immer wieder

da ist, weil dann durch die Betonung dieser Dominanz die anderen beiden Teile wieder relativiert werden können. Ich möchte aber eine Situation haben oder eine Entwicklung herbeiführen helfen – und dies geht nicht ohne eine eigenständige europäische Leistung –, in der die militärische Seite dieser Partnerschaft, jedenfalls mittel- und langfristig gesehen, zugunsten einer Intensivierung der anderen beiden Aspekte dieser Partnerschaft relativiert wird. Das kann nach meiner Auffassung nur originär von Europa ausgehen.

Bahr: Also sind wir in der Zieldefinition einig?! Das, was offen bleibt, könnten wir auch noch regeln, glaube ich, jedenfalls, soweit es hier am Tisch möglich ist.

Ich möchte nur zusammenfassen: Ich glaube, daß jedenfalls die gemeinsame Sicherheit etwas ist, was an die Stelle der heute gültigen Doktrin von Abschreckung oder/und flexible response gesetzt werden muß, daß man aus der Mitte Europas ein neues Konzept entwickelt, das für andere in Ost und West genauso interessant sein könnte, das ihnen Sicherheit gibt. Wir sollten uns durch aktuelle Fragen nicht beirren lassen, an dem Konzept „gemeinsame Sicherheit“ weiter zu arbeiten, um es eines Tages für unsere potentiellen Partner und Freunde oder Freunde und Partner akzeptabel zu machen.

Biedenkopf: Zum Abschluß wollte ich nur sagen, daß wir gerade auch im letzten Jahr trotz aller Differenzen in dem Punkt Sicherheitspartnerschaft ein ganzes Stück weitergekommen sind. Der Bundeskanzler hat kürzlich auf einer Veranstaltung von einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gesprochen und hat damit auf die gemeinsame Verantwortung für eine ganze Reihe von Fragen abgehoben. Das führt mich an den Ausgangspunkt zurück: Wir haben uns die Einheit mit Sicherheit nicht vorgestellt als eine Einheit im Untergang, und in der DDR sind ja auch in der letzten Zeit eine Reihe von Dingen geschehen, die zwar gemessen an unseren politischen Handlungsspielräumen sehr klein erscheinen mögen, die aber gemessen an den Handlungsspielräumen, denen Menschen in der DDR unterliegen, doch beachtlich sind. Es ist durchaus im Konkurrenzsinne der intensive Versuch gemacht worden, nicht nur politische Geschichte der Deutschen, sondern auch religiöse Geschichte der Deutschen in Besitz zu nehmen, etwa in der Vorsitzenden-Funktion von Honecker in der Luther-Jahr-Kommission, die eigentlich mit kommunistischer Ideologie wenig vereinbar ist. Solche sicherlich sehr kleinen Bewegungen sind in meinen Augen Indizien dafür, daß man auch aus eigenem Interesse von Handlungsspielräumen Gebrauch machen wird, die sich im Spannungsfeld der beiden Weltmächte bieten.

Wir sind auf solche kleinen Schritte nicht verwiesen, weil wir unvergleichlich viel größere Handlungsspielräume haben, aber wir haben ja analoge Prozesse im ökonomischen Bereich auch erlebt, und zwar im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die extraterritoriale Wirkung amerikanischer Politik auf wirtschaftliches Verhalten in Europa. In diesen Zusammenhang möchte ich das, was ich vorhin über die Selbständigkeit europäischer Politik gesagt habe, gestellt wissen. Es gibt eine Reihe von Fragen, die man in atlantischer Arbeitsteilung besser lösen kann als in atlantischem Zentralismus. Die Schaffung von Räumen für eine solche Arbeitsteilung ist eine genuine europäische Aufgabe, und sie muß auch von den westeuropäischen Ländern bewältigt werden. Wenn sie das nicht können, dann allerdings wird diese Abhängigkeit wachsen, von der Sie, Herr Bahr, gesprochen haben.

Bahr: Also, nun muß ich doch einige kurze Bemerkungen machen.

Biedenkopf: War nichts mit einem Schlußwort.

Bahr: Nein – nachdem Sie den Bundeskanzler erwähnt haben. Sie wissen, daß die Opposition die Bundesregierung unterstützt bei ihrem Versuch, im Verhältnis zur DDR den Schaden zu begrenzen – Schadensbegrenzung, die politisch durch Raketenstationierung notwendig geworden ist. Diese Unterstützung kann mich nicht davon abhalten zu sagen, daß der Eid geleistet

worden ist, um Schaden abzuwenden, nicht um ihn zu begrenzen. Sie haben mit Recht auf den Versuch in der DDR verwiesen, sich deutsche Geschichte so anzueignen, daß gewissermaßen als Ergebnis der gesamten deutschen Geschichte die DDR herauskommt. Da im vergangenen Jahr Marx und Luther gefeiert worden sind, will ich doch wenigstens hier das Wort weitergeben, das man dafür in der DDR geprägt hat und das beides zusammenfaßt. Sie sagen nämlich, da wir Marx und Luther gefeiert haben, muß man jetzt formulieren: Proletarier aller Länder, um Gottes Willen, vereinigt Euch!

Biedenkopf: In diesem Sinne halte ich die Aufforderung sogar für akzeptabel.

Grottemeyer: Meine Damen und Herren, es besteht noch die Möglichkeit, Herrn Bahr und Herrn Biedenkopf einige Fragen zu stellen.

Frage: Ich möchte die beiden Herren doch noch mal bitten, kurz darzustellen, wie sie sich die Umsetzung ihrer Ideen in ihren beiden Parteien vorstellen.

Bahr: Also, hier bin ich natürlich in einer besseren Position. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit haben wir in einer Arbeitsgruppe der SPD ausgearbeitet und in einen Rahmen gegeben. Ich gehe davon aus, daß es auf dem Parteitag im Mai dieses Jahres beschlossen werden und dann Position der SPD sein wird. Dann wird es im einzelnen auszufüllen sein: Was heißt atomwaffenfreier Korridor? Was heißt im einzelnen Gewaltverzicht zwischen NATO und Warschauer Pakt? Was heißt Atomwaffenfreiheit in Europa im einzelnen, was gehört dazu? Insofern glaube ich, daß das, was ich gesagt habe, heute von einer sehr breiten Mehrheit in der SPD getragen und im Mai akzeptiert werden wird. Das könnte in dieser Dimension für den Kollegen Biedenkopf noch ein bißchen schwieriger sein, aber auch seine Partei wird sich diesen Fragen stellen müssen und zu diskutieren haben über Fragen, die über den heutigen Tag und diese Legislaturperiode hinausgehen.

Biedenkopf: Was sie ja schon seit einiger Zeit tut: Die Diskussion in der CDU ist keineswegs so aussichtslos, sie ist im Gegenteil schon ein ganzes Stück vorangeschritten. Wir haben keine solche Kommission, aber eine Reihe von Parteitagebsbeschlüssen, die in diese Richtung weisen und die das Ergebnis des Hamburger Parteitags vom November 1981 und eines kleinen Parteitages in Berlin 1982 sind. Auf dem Parteitag in Berlin 1982 haben wir zunächst die generelle Vorgabe gemacht – und das stimmt inhaltlich fast wörtlich mit dem überein, was Egon Bahr z.B. in einem Aufsatz im Europa-Archiv 1982 geschrieben hat –, daß die Situation der atomaren Abschreckung derzeit nicht einseitig aufgehoben, auf sie nicht einseitig verzichtet werden kann, daß aber die wichtigste politische Aufgabe darin besteht, zu dieser Situation, die wir nicht als eine dauerhafte Situation akzeptieren wollen und können, brauchbare Alternativen zu entwickeln. Im Beschluß des kleinen Parteitages in Berlin wird auf diese Situation ausdrücklich der Begriff „Grenzsituation“ verwendet, den ich in der Diskussion im Herbst 1981 in die Parteidiskussion für die Beschreibung dieses Sachverhalts eingeführt habe.

Die Partei hat bereits im November 1981, im übrigen aufbauend auf frühere Aussagen im Grundsatzprogramm, gesagt, daß die Rolle Europas in einer solchen Fortentwicklung anders sein muß als zur Zeit. Sie hat dabei – ähnlich wie Herr Ehmke dies mit seiner Ausarbeitung gemacht hat, die er unter die Überschrift „Selbstbehauptung Europas“ gestellt hat – zurückgegriffen auf Überlegungen, die schon Anfang der 60er Jahre auch in Amerika, insbesondere bei Präsident Kennedy, eine Rolle gespielt haben: Man hat damals von der sogenannten „Zwei-Säulen-Theorie“ gesprochen, wonach nämlich das Bündnis auf zwei Säulen beruht, auf der amerikanischen oder atlantischen und auf der europäischen. Die Partei hat in dieser Beschlußfassung ihre Unzufriedenheit mit der europäischen Entwicklung zum Ausdruck gebracht und gesagt, daß nach ihrer Auffassung die europäische Realität weit hinter dieser Aufgabe zurückbleibt und es notwendig sei, Europa zu einem selbständigen Beitrag im Bündnis zu bewegen

und die europäische Friedensordnung fortzuentwickeln und damit auch politisch Einfluß zu gewinnen. Gerade im Jahr der Europa-Wahl werden diese Gedanken eine Revitalisierung erfahren, und zweifellos wird die Partei unter Rückgriff auf diese Entscheidungen die Diskussion fortführen.

In Hamburg hat Richard von Weizsäcker in einer vielzitierten Rede in zwei Sätzen die innere Unauflösbarkeit dessen beschrieben, was er das „Paradoxon der nuklearen Abschreckung“ nennt, nämlich den Umstand, daß wir den Frieden sichern mit einer Drohung, die, würde sie verwirklicht werden müssen, genau das Ziel, und zwar endgültig und ein für alle mal, zerstört, das eigentlich erreicht werden soll. Er hat hinzugefügt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Paradoxon innerlich nie hat nachvollziehen können, daß sie aber die Erfahrung gemacht hat, daß in der Vergangenheit Frieden war. Er hat nur völlig offen gelassen, ob dieses Paradoxon auf die Dauer stabilisierbar ist; meine Partei ist nicht der Meinung, daß das möglich ist. Sie ist allerdings der Auffassung, daß es gefährlich wäre, den Eindruck zu erwecken, wir hätten bereits eine Alternative oder diese Alternative sei relativ leicht herstellbar. Die politische Aufgabe, die wir sehen, liegt in einem sehr schwierigen Balanceakt zwischen zwei Dingen: der Aufrechterhaltung der politischen Grundlage für die gegenwärtige Form der Friedenssicherung bei gleichzeitiger Mobilisierung aller politischen Kräfte, um eine Alternative zu dem zu suchen, was man jetzt noch aufrechterhalten muß. Das ist ungewöhnlich schwierig, weil man mit einem dauernden Widerspruch leben muß. Aber dieser dauernde Widerspruch ist die unvermeidliche und deshalb zu ertragende Konsequenz aus der Entdeckung und der militärstrategischen Umsetzung der nuklearen Zerstörungspotentiale.

Die CDU wird diese Frage möglicherweise etwas behutsamer diskutieren als die SPD, aber das ist in meinen Augen fast unvermeidlich. Dies entspricht auch meinem Verständnis der Rollenverteilung zwischen Regierungspartei und Opposition, denn jede Veränderung muß in ihren vollen Konsequenzen von der Regierungspartei verantwortet und getragen werden. Egon Bahr ist derjenige, der am besten Zeugnis über die Spannungen in einer Partei ablegen kann, wenn sie die Regierungsverantwortung trägt. Diese Spannungen müssen jetzt von der CDU getragen werden, und ich habe keinen Zweifel, daß sie das kann.

Frage: Nach dem Verlauf der Veranstaltung muß man den Eindruck gewinnen, daß eine optimale Sicherheitskonzeption für die Bundesrepublik dadurch gefunden werden kann, daß sich rational denkende Politiker mit gesundem Menschenverstand zusammensetzen und ein Konzept erarbeiten, das den Frieden erhalten soll. Ich möchte zwei Punkte ansprechen, die ich bei dieser Veranstaltung vermißt habe. Zum einen wurde hier ständig von Erhaltung des Friedens gesprochen, und ich finde, dabei wurde übersehen, daß der Frieden erst einmal hergestellt werden muß; zwar herrscht in Europa Frieden, aber in der Dritten Welt, in El Salvador, Namibia, Afghanistan usw. werden ständig Kriege geführt, wenn nicht durch direkte Intervention der Großmächte, so dann wenigstens mit Waffen aus Industrieländern. Zum anderen habe ich vermißt, daß zu Beginn dieser Veranstaltung eine Erklärung des Wettrüstens gegeben wurde, die ungefähr darauf hinauslief, daß dieses System verrückt sei – und vielleicht auch die Politiker. Ich glaube jedoch nicht, daß man es sich so einfach machen kann, sondern es müßte schon näher erklärt werden, welche Interessen den Rüstungswettkampf vorantreiben und welche Widerstände gegen eine Abrüstung bestehen. Herr Biedenkopf hat das für die Sowjetunion getan, ich hätte es begrüßt, wenn auch für den Westen eine derartige Analyse erfolgt wäre, denn immerhin wird noch ein wesentlicher Rüstungswettkampf für die USA und ihre Verbündeten vorangetrieben.

Bahr: Ich möchte einmal mit dem letzten Punkt anfangen. Ich habe ein einziges Mal dieses letzte Thema gestreift, als ich gesagt habe, wenn es gemeinsame Sicherheit gäbe, wird es sehr schwer, Geld für Rüstung bereitwillig zu bekommen, sei es im Kongreß, sei es im Bundestag. Wir könnten in der Tat die Frage der Widerstände gegen eine solche Politik diskutieren. Das ist dann auch fast ein abendfüllendes Thema. Es gibt sie, selbstverständlich, es gibt sie übrigens

im Westen genauso wie im Osten. Es hat mich beeindruckt, daß bei einem Gespräch Herr Ponomarjew zum Schluß sinngemäß gesagt hat: Wenn wir zu einem Punkte kommen, in dem wir wirklich Abrüstung machen, muß ich Ihnen sagen, gibt es für die Sowjetunion ein großes Problem: Ein nicht unerheblicher interessanter Teil unserer Wirtschaft arbeitet nämlich für die Rüstung, und ich kann das nicht einfach von heute auf morgen umstellen. Das heißt, das Problem der Beschäftigung oder der Ausnutzung der vorhandenen industriellen Kapazitäten wird dann ein wirkliches Problem, und da gibt es natürlich Widerstände. Im Westen sicherlich nicht weniger, aber ich muß sagen, das ist ein untergeordnetes Thema, ich muß erst einmal anfangen, „im Kopf klar zu sein“, was sein sollte und möglich ist. Dann komme ich zur Frage der Umsetzung. Die drei Probleme, die Sie genannt haben – 1. Sicherheit davor, daß der Dritte Weltkrieg nicht stattfindet oder die Menschheit nicht untergeht, 2. die Probleme der Dritten Welt und ihrer Kriege dort, und wir haben es ja mit einer Situation zu tun, in der einige Länder der Dritten Welt vor ihrem volkswirtschaftlichen Kollaps stehen, 3. das Problem, daß die Menschheit dabei ist, durch Zerstörung ihrer Umwelt auch unterzugehen oder untergehen zu können. –, diese drei Probleme haben wir gleichzeitig vor uns. Ich sage, daß zuallererst jeder nach seiner Kraft dazu beitragen muß, daß die Welt nicht durch den Dritten Weltkrieg untergeht. Danach kommt unmittelbar das zweite Problem, an dem wir scheitern könnten. Danach kommt unmittelbar das dritte Problem, an dem wir scheitern könnten.

Die Frage, ob ein Krieg begrenzt sein könnte oder nicht, falls er hier ausbricht, ist eine ungewöhnlich interessante Diskussion. Ich glaube, daß es nicht möglich sein wird, ihn zu begrenzen, aber genau wissen kann man das nicht. Wir werden es jedenfalls nicht mehr erfahren, denn diese Entscheidung wird erst nach unserer Existenz gefällt werden. Ich sehe nur, daß beide Großmächte sich bemühen werden, den Konflikt zu begrenzen, ihn begrenzt zu machen, und die Strategie der flexiblen Antwort ist eine Strategie zur Begrenzung eines Krieges auf Europa. Wir können im Prinzip nicht einmal etwas dagegen sagen, denn wir können nicht einen Standpunkt einnehmen, der eines Adolf Hitler würdig wäre, und sagen, wenn wir zugrunde gehen, soll bitte der Rest der Welt mit zugrunde gehen. Das ist eben ein Punkt, bei dem wir dann zu dem Ergebnis kommen, das Biedenkopf so formuliert hat: Wir haben keine volle Interessenidentität mit Amerika; wir müssen dafür sorgen, daß die Sache überhaupt erst gar nicht anfängt. Aber gut, ich sage es noch einmal: Mir reicht es im Augenblick, an der ersten nach besten Kräften zu arbeiten. Ich leugne nicht, daß es die beiden anderen gibt, aber andere müssen dann auch noch etwas tun.

Biedenkopf: Herr Bahr hat damit eine Priorität gesetzt, die man nicht streng in zeitlicher Abfolge allein sehen darf, die man aber sehen muß unter dem Gesichtspunkt des Einsatzes der vorhandenen politischen Energie; also was kann man sich zutrauen, und wenn man nicht alles gleichzeitig machen kann, muß man eben auswählen. Was die Widerstände im Westen betrifft, so gibt es sie natürlich, da hat Egon Bahr völlig recht. Ich habe vorhin in anderem Zusammenhang Kennedy zitiert. In der Rede, die Eisenhower im Januar 1960 gehalten hat, als er die Präsidentschaft an Kennedy weitergab, hat er seinen damaligen Nachfolger vor der Gefahr eines wirtschaftlich-militärischen Verbundes in den Vereinigten Staaten gewarnt. Das war zu einer Zeit, als die Verteidigungsausgaben der Vereinigten Staaten einen Bruchteil der heutigen Ausgaben betragen. Er hat, und zwar als ehemaliger Militär, diese Gefahr einer Interessengleichheit zwischen dem militärischen Bereich der Gesellschaft und seiner Teilrationalität und der Rüstungsindustrie einer Gesellschaft und ihrer Teilrationalität sehr wohl gesehen. Wir erleben in der Bundesrepublik ganz konkret ähnliche Probleme, wenn Sie nur die Diskussion über die Waffenexporte betrachten, die ganz unterschiedlich geführt wird, z.B. hier oder in der Betriebsversammlung eines Unternehmens, das solche Waffen herstellt und bei dem die Erschließung von Exportmärkten eine Frage der Erhaltung der Arbeitsplätze bedeutet. Diese Widerstände sind nach meiner Überzeugung überwindbar, wenn die Plausibilität einer möglichen Alternative so groß ist, daß das überwältigende Interesse der Bevölkerung dahin geht, sich dieser Alternative anzuvertrauen. Sie sind kaum zu überwinden, solange wir uns in den

gegenwärtigen Denkschemata weiterbewegen, weil die gegenwärtigen Denkschemata, mit denen wir unsere Diskussion begonnen haben, im Grunde diese Interessenkonkurrenz zweier Teilrationalitäten unterstützen. Deshalb kann man das Problem nur lösen, wenn man zeigt, daß das Gesamtinteresse der Bevölkerung auf andere Weise mit viel größerer Aussicht auf Erfolg abgedeckt werden kann. Dieses Fundamentalinteresse ist das Interesse an der Erhaltung des Friedens, selbst wenn dieser Frieden, um einen Zwischenruf aufzunehmen, nur definiert, nur in Anführungszeichen definiert ist als eine Abwesenheit von Krieg.

Grottemeyer: Meine Damen und Herren, Herr Bahr, Herr Biedenkopf, ich denke, daß dieser dichte Dialog einen besonderen Abspann entbehrlich macht. Vielen Dank.

